

Liechtenstein verabschiedet sich endgültig von seinem Bankgeheimnis

# „Wollen kein altes Modell“

Von Steffen Klatt

■ Regierungschef Adrian Hasler über die Zukunft des Finanzplatzes Liechtenstein.

Das Fürstentum Liechtenstein verabschiedet sich endgültig von seinem Bankgeheimnis. Die Regierung kündigte am Donnerstag an, am 21. November ein internationales Abkommen zur Verhinderung von Steuerflucht zu unterzeichnen und zum automatischen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten überzugehen. Die „Wiener Zeitung“ sprach mit Regierungschef Adrian Hasler über die Entscheidung.

★★★★★

„Wiener Zeitung“: (ce) Liechtenstein schwenkt auf den automatischen Informationsaustausch um. Warum, und warum jetzt?

**Adrian Hasler:** Wir haben in den vergangenen Monaten intensiv gemeinsam mit den Finanzplatzteilnehmern über die Strategie für unseren Finanzplatz diskutiert. Dabei haben wir uns für eine aktive Positionierung Liechtensteins entschieden.

Handelt Liechtenstein auf Druck von außen?

Nein. Wir sind ganz klar zum Schluss gekommen, dass eine aktive Rolle Liechtensteins für die Zukunft eine größere Handlungsfreiheit bietet. Sie schafft auch für die Kunden und die Akteure des Finanzplatzes wie für andere Staaten eine größere Planungs- und Rechtssicherheit.

## Zur Person

**Adrian Hasler,** geboren 1964, ist seit März 2013 Regierungschef und Finanzminister des Fürstentums Liechtenstein. Zuvor war er seit 2004 Chef der Landespolizei.



Die Entscheidung schaffe eine größere Planungs- und Rechtssicherheit für alle, sagt Hasler. Foto: reuters

Liechtenstein hat sich schon 2009 vom klassischen Bankgeheimnis verabschiedet. Gehen Sie jetzt noch einen Schritt weiter?

Wir setzen damit in der Tat eine Politik fort, die 2009 mit der Liechtenstein-Erklärung begonnen hat. Seither haben wir diverse Doppelbesteuerungsabkommen und Abkommen über den Austausch von Steuerinformationen abgeschlossen. Zwei Abkommen waren dabei besonders wichtig: das mit Großbritannien über die Offenlegung von Vermögen britischer Kunden und das über die Abgeltungssteuer mit Österreich. Jetzt gehen wir einen Schritt weiter, indem wir den automatischen Informationsaustausch als künftigen Standard anerkennen. Damit machen wir insbesondere den G5-Staaten (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien, Anm.) das Angebot, Verhandlungen aufzunehmen und vorzeitig einen automatischen Informationsaustausch abzuschließen. Wir streben dabei umfassende Abkommen an, die unter anderem eine Regulierung der Vergangenheit beinhalten sollen. Wir nehmen auch die Verantwortung

wahr, den Kunden einen Weg in die Steuerkonformität aufzuzeigen.

Nicht alle Finanzplätze machen mit. Ein Nachteil für Liechtenstein?

Der automatische Informationsaustausch kommt. Liechtenstein ist nicht daran interessiert, weiter auf einem veralteten Geschäftsmodell aufzubauen. Wir sind überzeugt, dass wir damit die Grundlagen für einen prosperierenden Finanzplatz der Zukunft schaffen.

Wie können Sie gleiche Bedingungen gegenüber Ländern wie den USA und Großbritannien sicherstellen, die über wesentlich mehr Einfluss in der OECD verfügen und lange selbst Steuerparadiese pflegten?

Das ist ein schwieriges Thema, insbesondere für einen Kleinstaat. Wir versuchen, jetzt aktiv bei der Entwicklung des automatischen Informationsaustauschs mitzuwirken. Die gleichen Maßstäbe sollten weltweit gelten. Aber mit gewissen Staaten, die die Voraussetzungen erfüllen, haben wir ein Interesse, schon vorzeitig zum automatischen Informationsaustausch zu wechseln. Wir haben zudem bereits mit der OECD und den G5 Ge-

sprache geführt. Uns wurde dabei signalisiert, dass unsere Mitwirkung an der Entwicklung neuer Standards wünschenswert wäre.

Die Schweiz diskutiert noch über ihre Haltung zum automatischen Informationsaustausch. Sind Sie dem Nachbarn bewusst vorausgeeilt?

Für uns war die Frage wichtig, wie sich Liechtenstein positionieren soll. Und dabei war zentral, wie man eine aktive Rolle spielen kann. Für uns war es keine Option, zuzuwarten. Jedes Land muss diejenigen Antworten auf die internationalen Herausforderungen finden, die seinen spezifischen Interessen am besten entsprechen.

Welche Zukunft hat der Finanzplatz Liechtenstein ohne das Bankgeheimnis gegenüber Steuerbehörden?

Der Finanzplatz hat eine gute Zukunft, davon bin ich überzeugt. Die umfassende, professionelle Betreuung von vermögenden Kunden ist und bleibt die Kernkompetenz der heimischen Finanzdienstleister. Wir haben eine lange Erfahrung und eine hohe Kompetenz in der Vermögensverwaltung und der Vermögensstrukturierung. Wir bieten hohe Stabilität. ■

## Yellen will lockere Fed-Politik beibehalten

Washington. Die designierte US-Notenbankchefin Janet Yellen traut der Erholung der weltgrößten Volkswirtschaft noch nicht und will daher die Geldschleusen weiter offen halten. Die Zentralbankerin hält eine Stützung der Konjunktur nach wie vor für nötig: „Es liegt noch mehr Arbeit vor uns“, sagte Yellen in ihrer Anhörung vor dem Bankenausschuss des US-Senats am Donnerstag. Wirtschaft und Arbeitsmarkt blieben nach wie vor weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Zuletzt hatten überraschend gute Konjunkturdaten Spekulationen ausgelöst, die Notenbank Fed könnte die Milliardenhilfen für die US-Wirtschaft bereits zum Jahresende zurückfahren.

Yellen gab mit der Rede erste Hinweise auf die künftige Geldpolitik unter ihrer Führung ab Jänner 2014. „Eine Reduzierung der Geldmenge noch in diesem Jahr dürfte damit vom Tisch sein“, urteilt der Analyst Uwe Streich. An den weltweiten Börsen, die seit langem von den regelmäßigen Anleihekäufen der Fed angetrieben werden, reagierten Investoren erleichtert. Die Aktienmärkte in Asien und den USA konnten zulegen, aber auch der Dax.

### Dax auf neuem Allzeit-Hoch

Der deutsche Aktienindex profitierte stark von Yellens Ankündigung und ging mit einem Plus von einem Prozent bei 9149,66 Punkten aus dem Handel – ein neues Allzeit-Hoch. Robust zeigt sich auch die Konjunktur in der wichtigsten Volkswirtschaft Europas; sie legte im dritten Quartal um 0,3 Prozent zu. ■



Ohne Überraschung: Yellens Geldpolitik bleibt locker. Foto: reuters

## Zeitplan für Weitergabe von Bankdaten wackelt

Von WZ-Korrespondentin Martyna Czarnowska

■ Österreich und Luxemburg haben Vorbehalte gegen Informationsaustausch.

Brüssel. Die Besteuerung von Sparzinsen und der Austausch von Informationen darüber: Für Österreich ist das ein ungeliebtes Thema. Jahrelang hat sich das Land gemeinsam mit Luxemburg gegen die automatische Weitergabe der Bankdaten gewehrt und gleichzeitig verhindert, dass die EU-Kommission Gespräche darüber mit Staaten wie der Schweiz, Liechtenstein oder Monaco führt. Mittlerweile ist diese Blockade zwar aufgehoben und sind die beiden EU-Mitglieder auch wegen internationaler Bemühungen zur Bekämpfung von Steuerflucht unter Druck geraten. Dass aber die neuen Regeln zum Informationsaustausch wie geplant bis Ende

des Jahres fixiert sind, ist dennoch unwahrscheinlich.

Österreich und Luxemburg haben nämlich weiterhin Bedenken – und es ist unklar, ob diese beim Treffen der EU-Finanzminister am heutigen Freitag ausgeräumt werden. Dennoch unternimmt Litauen, das derzeit den EU-Vorsitz innehat, noch einen Versuch, die Vorgaben zur Zinsbesteuerung zu erweitern. Sie sollen dann für die gesamte Union gelten. Doch Wien und Luxemburg knüpfen das an die Verhandlungen mit der Schweiz und anderen: Die Gespräche sollen parallel verlaufen, damit die Standards nicht unterschiedlich ausfallen. Die Gegenseite stellt ebenfalls Bedingungen:

Auch wenn Liechtenstein sich nun kooperativ zeigt, verlangt die Schweiz den Austausch von Daten nicht nur auf europäischer, sondern internationaler Ebene, den Vorschriften der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) folgend. Die Verhandlungen der EU-Kommission mit Bern haben noch gar nicht begonnen.

### Umstrittene Abwicklung

Eine Einigung bis Jahresende sollte es ebenfalls zur künftigen Abwicklung maroder Banken geben. Die ist aber ebenso wenig absehbar. Nach der Verständigung auf eine gemeinsame Aufsicht für die Geldinstitute wäre ein europäischer Abwicklungsmechanismus der nächste Schritt beim Aufbau der Bankenunion. Doch etliche Details sind noch umstritten. Deutschland etwa hätte lieber ein Netzwerk nationaler Behörden,

deren Tätigkeit von einem europäischen Organ koordiniert wird, als dieses mit zu viel Macht auszustatten. Und die Unterstützung etlicher Staaten findet es in seiner Ablehnung der Idee, dass die Kommission über Abwicklungen entscheiden sollte. Auch um die Kompetenzen und Stimmgewichte in der Abwicklungsbehörde selbst wird noch gerungen.

Offen ist ebenso, welche Banken sich dem Mechanismus unterordnen sollen. Während einige Länder dafür plädieren, dass es für alle Geldhäuser gelten müsse, möchten andere Staaten nur jene Institute umfasst sehen, die unter direkter Aufsicht der EZB (Europäische Zentralbank) stehen. Zu fixieren sind auch noch die Abstufungen, wer für die Rettung der Finanzunternehmen aufkommen soll. Geplant ist, dass zunächst einmal die Bank selbst versuchen soll, sich am Markt zu

refinanzieren, und danach sind die Eigentümer sowie Gläubiger zur Verantwortung zu ziehen. Erst wenn diese Mittel ausgeschöpft sind, soll der Staat – und mit ihm die Steuerzahler – eingeschaltet werden. Wenn dieser mit der Unterstützung überfordert ist, könnte der Euro-Rettungsschirm ESM zur Anwendung kommen.

Immerhin eine gute Nachricht konnten die Finanzminister der Eurozone schon bei ihrem Treffen gestern, Donnerstag, bestätigen bekommen. Irland will Mitte Dezember aus seinem internationalen Hilfsprogramm aussteigen. Dublin plant auch nicht, einen Vorsorgekredit des ESM in Anspruch zu nehmen. Wie Spanien hatte das Land mit einem maroden Bankensektor zu kämpfen. Madrid will dank eines stabilisierten Bankensektors ebenfalls schon bald auf die Unterstützung der internationalen Partner verzichten. ■